Newsletter

15.01.2007

POLITIK
- Während eines Tages wurde Alaksandar Milinkievič 3 Mal aufgehalten
- Brüssel über den russisch-belarusischen Konflikt

OFFIZIELL
- Das Treffen des belarusischen und des ukrainischen Präsidenten ist für die zweite Hälfte Februars geplant
- Rohstoffe sollten kein Erpressungswerkzeug sein
- Das belarusische Außenministerium über die Einführung einer Gebühr für den Öltransit

OPPOSITION
- Die Regierung stört die Wahltreffen mit Wählern
- A. Milinkievič kritisierte die Wahlkampagne der Opposition

WIRTSCHAFT
- Belarus unterbricht Öllieferungen
- Stillstand von mit Zucker beladenen Waggons verursacht große Verluste der belarusischen Zuggesellschaft

GESELLSCHAFT
- Russen werden für ihre PKWs bei Einfuhr nach Weißrussland zahlen müssen
- Das „belarusische Helsinki-Komitee" wird die Kommunalwahlen beobachten
- A. Michalevič und V. Lepieš zu 5 Tagen Haft verurteilt

KULTUR
- Bären aus Rasonau in einem deutschen Film

Hauptthema der vergangenen Woche war der Erdölkrieg zwischen Minsk und Moskau.

Die Öllieferungen nach Polen, Deutschland und in die Ukraine wurden unterbrochen. Grund – beide Belarus und Russland konnten sich über den neuen Erdölpreis nicht einigen.

Der stellvertretende Vorsitzende der russischen Ölgesellschaft Transnieft, Siemion Weinstock, informierte offiziell, Belarus habe am 6. Januar begonnen, rechtswidrig Öl von der Pipeline „Freundschaft" abzuzapfen. In einem Interview für Russia Today informierte er, dass Belarus mehr als 76 Tausend Tonnen Erdöl illegal bezogen hat.

Weinstock zufolge werde Transnieft alles tun, damit Öllieferungen auf anderem Wege zu den Abnehmern gelangen können.

Die Öllieferungen wurden nach zwei Tagen wieder aufgenommen.

Der Stellvertretende belarusische Wirtschaftsminister Uładzimier Najdunau informierte, Belarus sei bereit auf einen Kompromiss in der Streitfrage einzugehen. Er fügte hinzu, dass sein Land für die Unterbrechung der Erdöllieferungen nach Europa nicht verantwortlich sei und dass Belarus jederzeit bereit sei, die Erdöllieferungen nach Europa wieder aufzunehmen.

Laut Alaksandar Łukašenka sollte Energie nicht dazu dienen, Belarus zu erpressen. Doch- so der Präsident- werde Belarus alle Attacken und Repressionen überdauern.

„Wir haben nicht solche Rohstoffvorräte wie andere Staaten. Aber Rohstoffe sollten nicht dazu dienen, unser Volk zu erpressen. Deswegen verteidige ich so unentwegt die Interessen des Staates. Wir machen das in Vereinbarung mit dem Recht und allgemein gültigen Normen". so Łukašenka. Belarussen müssten aber lernen, sparsam zu leben, fügte der belarusische Präsident hinzu.

Der russische Präsident Vladimir Putin: „Man muss die Gespräche mit dem belarusischen Partner über die Normalisierung von Öllieferungen nach Belarus und den Öltransit fortsetzen". Wegen der Probleme mit dem Öltransit hat der Präsident die Regierung beauftragt eine eventuelle Verringerung der Förderung des Rohstoffes mit den Ölkonzernen zu besprechen.

Im Gegenzug zu der Einführung von Transitgebühren für russisches Öl durch Belarus, bereitet die russische Regierung eine Liste von belarusischen Waren vor, für die Zoll eingeführt werden soll.
Der für Energie, Transport und Kommunikation verantwortliche Valery Jaziev meint, Belarus sollte Entschädigungen für die von Russland erlittenen Verluste bezahlen.

Anderes Thema, dass die belarusischen Medien beschäftigte waren die Kommunalwahlen.

Dem offiziell für die Kommunalwahlen registrierten Źmitru Vinahradavu, dem Spitzenpolitiker der lokalen Filiale der Partei „Belarusische Volksfront" hat man den Druck von Werbematerialien nicht genehmigt. Als der Direktor der Staatsdruckerei in Maładeczno erfahren hat, dass der Leiter der Druckereifiliale in Miadziel die Materialien des Oppositionellen drucken will, hat er es ihm nicht nur verboten, sondern auch seine Kompetenzen in Frage gestellt.

Nicht nur aus diesem Grund will die Bürgerorganisation „belarusisches Helsinki- Komitee" den Verlauf der Kommunalwahlen in Belarus beobachten.

Der Direktor der Organisation Aleh Hułak informierte, die Beobachter wollen den Wahlprozess in verschiedenen Wahlbezirken beobachten, sowohl während der vorzeitigen Wahlen, wie auch am offiziellen Wahltag. Ein Vertreter des Komitees erklärte, die Beobachter der Wahlen seien aufgrund einer Unterschriftensammlung in der Bevölkerung gewählt worden.

„Es tauchen schon Probleme mit der Zulassung der Beobachter zu den Wahllokalen auf".
Am 9 Januar haben in Belarus die vorzeitigen Kommunalwahlen begonnen. Die Hauptwahlen sollen am 14 Januar stattfinden. ■

POLITIK

Während eines Tages wurde Alaksandar Milinkievič 3 Mal aufgehalten

Am Samstag haben Polizisten den Wagen des Spitzenpolitikers der belarusischen Demokraten Alaksandar Milinkievič 3 Mal aufgehalten und somit geplante Treffen mit Wählern erschwert, bzw. unmöglich gemacht.

Einmal warf man ihm vor, er und sein Fahrer seien angeblich unter Alkoholeinfluss gefahren, einmal er habe an einem Unfall teilgenommen, einmal wiederum soll Milinkievič den Sicherheitsgurt nicht angeschnallt haben. Alles in Allem hat der Oppositionspolitiker durch die Kontrollen über 4 Stunden verloren und nur Dobrusz, eines der für den Tag geplanten Ziele, besucht.

Brüssel über den russisch-belarusischen Konflikt

Brüssel hofft, die Einführung der Transitgebühr für russisches Erdöl werde die Lieferungen nach Europa nicht beeinträchtigen.

Die Regierung in Minsk hat darüber informiert, dass die Gebühr 45 Dollar pro Tonne betragen soll. Kommentatoren zufolge sei dieser Schritt eine Folge der Verschärfung der russischen Energiepolitik gegenüber Belarus.

Trotz Spannungen auf der Linie Moskau-Minsk sieht die Europäische Kommission keinen Grund zur Sorge, wenn es um die Öllieferungen nach Westen geht- so der Sprecher der EK Ferran Tarradellas. „Wir erwarten, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern geschlichtet und die Konsumenten die Lieferungen zu den abgemachten Preisen bekommen werden.

Die Kommission hat nicht vor, sich in Gespräche zwischen Belarus und Russland zu engagieren, da es sich um eine zweiseitige Angelegenheit handele.

OFFIZIELL

Das Treffen des belarusischen und des ukrainischen Präsidenten ist für die zweite Hälfte Februars geplant

Alaksandar Łukašenka und Wiktor Juszczenko haben telefonisch über außenpolitische Probleme und über beidseitige Kontakte gesprochen.

Beide Staatsoberhäupter waren mit dem Verlauf des Gesprächs zufrieden. Für die zweite Hälfte Februars ist ein Treffen beider Präsidenten geplant.

Stille Unterstützung für Belarus

Der ukrainische Präsident Wiktor Juszczenko hat das Protokoll unterzeichnet, das die Bedingungen über den Freien Handel zwischen Belarus und der Ukraine vom Jahr 1992 ändert. Das Dokument passt beide Länder an die WTO (Word Trade Organisation) an.

Es wurden auch die Bedingungen der Zollabfertigungen festgesetzt.

Manche ukrainischen politischen Beobachter glauben das Protokoll sei eher ein politischer Schritt als ein wirtschaftlicher, da durch die momentane Isolation Belaruss von Westeuropa, die Kontakte des Landes mit den ehemaligen Staaten der UDSSR besonders wichtig werden.

Rohstoffe sollten kein Erpressungswerkzeug sein

Laut Alaksandar Łukašenka sollte Energie nicht dazu dienen, Belarus zu erpressen. Doch- so der Präsident- werde Belarus alle Attacken und Repressionen überdauern. „Wir haben nicht solche Rohstoffvorräte wie andere Staaten.

Aber Rohstoffe sollten nicht dazu dienen, unser Volk zu erpressen. Deswegen verteidige ich so unentwegt die Interessen des Staates. Wir machen das in Vereinbarung mit dem Recht und allgemein gültigen Normen" so Łukašenka. Belarussen müssten aber lernen, sparsam zu leben, fügte der belarusische Präsident hinzu.

Das belarusische Außenministerium über die Einführung einer Gebühr für den Öltransit

Belaruss Vorgehen schränkt in keiner Hinsicht die Öllieferungen an Dritte ein- informierte der Pressesprecher des belarusischen Außenministeriums in einem Pressekommunique über die Einführung von Gebühren für den Transit russischen Öls über das Gebiet Belaruss.

Andrej Papou erklärte, die Zolleinführung für Öltransit sei eine Antwort auf die Einführung von Zollgebühren für den Ölexport nach Belarus. Es werden daraus keine Probleme für Dritte entstehen. „Unser Land sichert den Transport der Hälfte des russischen Öls, das nach Europa exportiert wird. Deswegen bestätigen wir noch einmal unsere harte Befürwortung der Transitfreiheit". - fügte Papou hinzu.

OPPOSITION

Die Regierung stört die Wahltreffen mit Wählern

In den Räumlichkeiten des Kulturhauses in Wilejc wurde ein Treffen des Oppositions-Kandidaten für die Kommunalwahlen, Uładzimir Malarčuk, mit seinen Wählern veranstaltet.

Am Treffen beteiligte sich der Vorsitzende der Vereinigten Bürgerpartei Anatol Labiedźka. Schon am Anfang der Versammlung wurden alle Arbeiter des Kulturhauses rausgebeten.

Wie es sich später herausstellte haben Polizisten den Arbeitern verboten, an dem demokratischen Treffen mit Oppositions-Politikern, teilzunehmen. Die Kommunalwahlen finden am 14 September statt.

A. Milinkievič kritisierte die Wahlkampagne der Opposition

Die Aktivität der Opposition bei der Vorbereitung auf die Kommunalwahlen, sowie den zweiten Kongress der Demokraten ist ineffektiv - meint A. Milinkievič.

Dem Spitzenpolitiker der Vereinigten Demokraten zufolge, hat die Opposition es nicht zustande gebracht, eine gut

vermarktete und auf das ganze Land ausgebreitete Wahlkampagne zu organisieren.

Laut der Bewertung des Politikers, seien Informationen über 1 Tausend Oppositionskandidaten in 24 Tausend Wahlbezirken stark übertrieben.

„Ich glaube, man kann die Wahlkampagne als ineffektiv bezeichnen. Unser Vorschlag, eine Wahlkampagne, eine Formation, ein Wahlmotto und ein Szenario zu entwerfen, hat bei den belarusischen Oppositionsparteien keine Zustimmung gefunden. Deswegen nahm jeder, der wollte, selbstständig an der Kampagne teil". – fasste Milinkievič zusammen.

Der Spitzenpolitiker der Vereinigten Demokraten äußerte sich auch zu den Vorbereitungen auf den zweiten Kongress der Demokraten kritisch, der Ende Februar, Anfang März stattfinden soll. Die einzelnen Parteien würden den in einer Einigung aufgeführten Verpflichtungen nicht nachkommen. Eine solche Haltung würde das Vertrauen gegenüber dem politischen Rat, der die Einigung angenommen hat, sowie gegenüber dem Kongress selbst untergraben.

WIRTSCHAFT

Belarus unterbricht Öllieferungen

Ein Vertreter der belarusischen Ölgesellschaft hat Informationen über die Unterbrechung der Öllieferungen nach Polen, Deutschland und in die Ukraine bestätigt. Er erklärte nicht, wieso es zu der Unterbrechung kam.

Die Lieferungen könnten aber, ihm zufolge, noch heute wiederaufgenommen werden. Zur Zeit will die belarusische Regierung die Sache nicht kommentieren.

Morgen fährt Siarhiej Sidorski, der belarusische Ministerpräsident, nach Russland, um mit der russischen Regierung über die Transitgebühren für russisches Öl zu diskutieren. Belarus hatte am 1. Januar eine Gebühr in Höhe von 45 Dollar pro Tonne eingeführt.

Der stellvertretende Vorsitzende der russischen Ölgesellschaft Transnieft, Siemion Weinstock, informierte offiziell, Belarus habe am 6. Januar begonnen, rechtswidrig Öl von der Pipeline „Freundschaft" abzuzapfen. Weinstock zufolge werde Transnieft alles tun, damit Öllieferungen auf anderem Wege zu den Abnehmern gelangen können.

Stillstand von mit Zucker beladenen Waggons verursacht große Verluste der belarusischen Zuggesellschaft

Die belarusischen nationalen Zuglinien verzeichnen große Verluste, da die auf Export nach Russland wartenden Zuckerlieferungen nicht abgefertigt werden.

Nach Informationen vom 31. Dezember 2006 belaufen sich die Verluste während der letzten zwei Monate auf ca. 600 Tausend Dollar.

Am 29.12.2006 hatten die russischen Zollbehörden die Abfertigung belarusischer Zuckerlieferungen abgebrochen, wodurch der belarusische Export dieses Rohstoffs nach Russland gänzlich still gestellt wurde.

GESELLSCHAFT

Russen werden für ihre PKWs bei Einfuhr nach Weißrussland zahlen müssen

Russische Autofahrer werden bei der Einfahrt nach Weißrussland Gebühren zahlen müssen – informierte Siarhiej Barysiuk Kontrollchef im Staatlichen Zollamt.

Dies sei die Antwort auf Zollprozeduren die Russland den Weißrussen angehängt hatte – jeder Weißrusse muss 9 USD bei der Einfahrt nach Russland zahlen.

Ein Kandidat der Partei BNF konnte seine Wahlzettel nicht drucken (opozycja)

In der Stadt Miadziel im Norden Weißrusslands hatte ein Kandidat der Partei BNF keine Möglichkeit seine Wahlmaterialien zu drucken.

Dem offiziell für die Kommunalwahlen registrierten Źmitru Vinahradavu, dem Spitzenpolitiker der lokalen Filiale der Partei „Weißrussische Volksfront" hat man den Druck von Werbematerialien nicht genehmigt. Als der Direktor der Staatsdruckerei in Maładeczno erfahren hat, dass der Leiter der Druckereifiliale in Miadziel die Materialien des Oppositionellen

drucken will, hat er es ihm nicht nur verboten, sondern auch seine Kompetenzen in Frage gestellt.

Das „belarusische Helsinki - Komitee" wird die Kommunalwahlen beobachten

Die Bürgerorganisation „belarusisches Helsinki- Komitee" will den Verlauf der Kommunalwahlen in Belarus beobachten.

Der Direktor der Organisation Aleh Hułak informierte, die Beobachter wollen den Wahlprozess in verschiedenen Wahlbezirken beobachten, sowohl während der vorzeitigen Wahlen, wie auch am offiziellen Wahltag. Ein Vertreter des Komitees erklärte, die Beobachter der Wahlen seien aufgrund einer Unterschriftensammlung in der Bevölkerung gewählt worden.

„Es tauchen schon Probleme mit der Zulassung der Beobachter zu den Wahllokalen auf".

Am 9 Januar haben in Belarus die vorzeitigen Kommunalwahlen begonnen. Die Hauptwahlen sollen am 14 Januar stattfinden.

A. Michalevič und V. Lepieš zu 5 Tagen Haft verurteilt

Aleś Michalevič, der stellvertretende Vorsitzende der Belarusischen Nationalen Front (BNF) und der jugendliche Aktivist Vasil Lepieš wurden vom Minsker Gericht zu 5 Tagen Haft verurteilt.

Am 23. Dezember waren Spezialdienstler in ein Haus eingedrungen und 20 Teilnehmer eines vorweihnachtlichen Treffens verhaftet.

Zwei von ihnen - Aleś Michalevič und Vasil Lepieš - wurden des Hooliganismus beschuldigt. Bis zum gestrigen Prozess waren sie in Untersuchungshaft.
Bären aus Rasony in einem deutschen Film

KULTUR

In dem Naturpark „Čyrvony bor" in der Nähe von Rasonau wurde ein Dokumentarfilm gedreht.

Die Hauptrollen in dem von „Blue paw artists", einer deutschen Firma, produzierten Film spielen zwei Bären - Paša und Maša.
Bald wird der Film bei ARD zu sehen sein, für den Januar steht die Premiere bei „National Geographic" an.

Belarus live

Es gibt viele Internetseiten, die Weißrussland gewidmet, gleichzeitig jedoch in Westeuropa nur in sehr geringem Maße bekannt sind. Besonders aber denjenigen, die sich mit der Gestaltung der Politik gegenüber Weißrussland beschäftigen und weder weißrussisch noch russisch beherrschen.

European Radio for Belarus

polskapomoc

Der Service Belarus-live füllt diese Lücke. Auf der Internetseite kann man ein wöchentliches Newsletter bestellen, in den Sprachen: englisch, deutsch, französisch, polnisch, weißrussisch, russisch und ukrainisch.

Polonia POLSKIE RADIO